

HH-Rede 2023

Immer wieder wurde davon gesprochen, dass wir **diesen** Haushalt, den 23 iger als ausgeglichenen Haushalt aufstellen müssen.

Die Ursache für diesen absoluten Zwang liegt daran, dass wir in den vergangenen Haushalten

20/21/22 zu viel Geld ausgegeben haben, keine strukturellen Maßnahmen ergriffen wurden, um Bad Herrenalb in eine Zukunft zu bringen, welche unserem Geldbeutel angemessen ist, obwohl wir wussten, dass wir uns damit in diese Situation bringen, in der wir heute sind.

Das Neue kommunale Haushaltsrecht hat den Kommunen tatsächlich enge Bandagen angelegt um zu verhindern, dass wir unsere Schulden in untragbare Höhen und in die Zeiten unsere Enkel und Urenkel treiben

= so wie es leider auf der Bundesebene mit dem Begriff „ Sondervermögen“ vorgemacht wird.

Die vom Bürgermeister vorgenommenen Umgestaltung der Verwaltung in ein 2-Säulen-Konzept sehen wir nicht als zukunftsweisen an, solange der notwendige Unterbau nicht vorhanden ist.

Die von der Verwaltung vorgesehenen Stellenstreichungen durch Umstrukturierung , wobei 1,4 Stellen im Bauamt, 2 Stellen in der Kämmerei, zusätzlich Reduzierung der Arbeitszeit des Kämmers auf 60 %, da 40 % für die Leitung des Bauamtes verbraucht werden, haben wir nicht mitgetragen.

Die damit verbundene und verordnete Personalknappheit in den Kernbereichen im Rathaus haben Folgendes aufgezeigt:

Wir haben seit 2019 keine -zumindest vorläufige- Jahresschlussrechnung, wir bekommen keine Schlussrechnungen von abgeschlossenen Vergabeprojekten, obwohl hierzu Gemeinderatsbeschlüsse vorliegen, wir bekommen keine Sachstandsberichte über die laufenden B-Pläne vorgelegt, obwohl es hierzu GR-Beschlüsse gibt: Heideweg, Schulweg, Ablauf zur Umsetzung B-Plan Mutzenäcker muss der GR ständig treiben, obwohl auch hier Beschlüsse vorliegen.

Dass die Schlussrechnung der Stadtkernsanierung nicht vorliegt, dass die Schlussrechnung Gartenschau nicht vorliegt, dass wir bislang keine Eröffnungsbilanz haben, sei nur am Rande erwähnt.

Die Verwaltung hat dem Gemeinderat im Jahre 2020 bereits eine detaillierte sehr aussagekräftige Auflistung über den „Gesundheitszustandes“ von Bad Herrenalb vorgelegt. Wer es nachlesen will:

Vorlage 106/2020, leider nicht öffentlich, aber dem GR zugänglich. Es sollte geprüft werden, diese Vorlage öffentlich und der Bürgerbeteiligungsgruppe Finanzen zugänglich machen.

Ein gemeindlicher HH selbst besteht zum allergrößten Teil aus Pflichtaufgaben, die wir kaum oder nur gering beeinflussen können

Verwaltung an sich / Schule /Kita/ Strom/Wasser/Energie, kommunale notwendige Gebäude

Bei der Pflichtaufgabe Zustandsunterhaltung Straße/Gebäude/Einrichtungen /Notwendige Neu-Maßnahmen mit einem Sanierungsstau von über 80 Mio Euro sind wir nicht dabei diese abzuarbeiten, sondern der Stau wird größer.

Derweil sind wir dabei, wiederum neue Projekte anzuschieben, wie der Umzug des Rathauses in die ehemalige Grundschule, welches die UBV strukturell als nicht sinnvoll und derzeit auch nicht als finanzierbar bewertet.

Die Investitionen in das Kurhaus sehen wir dagegen als sogenannte notwendige und darüber hinaus auch als rentierliche Investitionen.

In den Haushaltsberatungen wurden eine Vielzahl von Änderungsanträge eingebracht, die zum großen Teil auch übernommen wurden, bzw. gegen die Bewertung der Verwaltung übernommen werden mussten.

Dass die Zusammenarbeit des Stadtrates und der Verwaltung oftmals hakt, könnte auch an zu dürftige Vorlagen liegen; dies haben wir z.Bsp. mit der Ersatzbeschaffung des „Boki“ , Brücke Gaisbach, Schule Gaistals u.a. Sachverhalten erleben müssen.

Die mittelfristige Finanzplanung im HH zeigt auf, wo wir hinsteuern. Das Jahr 2023 können wir gerade noch darstellen, für 2024 steht zwar eine positive Zahl aber die Fortschreibung der Entwicklungen –

Steuerschätzungen Mai 2023 und Ausblick IFO-Institut

wird aufzeigen, dass wir ab 2024 noch größere Probleme haben als bisher.

Die Aufgaben im Bereich der Asylunterbringung und Betreuung überfordert zusätzlich nicht nur uns in Bad Herrenalb, sondern bundesweit die Kommunen.

Klima-Verbotspolitik und Bürokratiemonster nur als Schlagworte hier genannt, wirken sich auch auf die Kommunen aus. Und zwar negativ.

Die Bazzuka- Politik der Bundesregierung hat nicht nur Vorteile, sondern auch drastische Folgen, vor alle für unsere Kinder, Enkel und Urenkel

Aber: Zurück in unsere wunderschöne Tourismus-Stadt:

So stehen für die nächsten Jahre bis zu 500 000 Euro Verlustzuweisung für den Eigenbetrieb Tourismus in den Folgehaushalten.

Für diesen Betriebszweig sind wir beim Abmangel offensichtlich auf einem erkennbaren Weg der Besserung, und wir sollten, müssen daran weiterarbeiten, hier zu einer rot/schwarzen „O“ zu kommen.

Dies bedeutet trotz allem für uns: Wir werden die Gebührenschauben Kita/Schule/Hallen/Hunde u.a.. anziehen müssen,

und eine erhebliche Erhöhung der Grundsteuer B und Gewerbesteuer ist eigentlich unabwendbar.

Andere Lösungsansätze gibt es, aber hier bin ich mit einigen Mitstreitern ein einsamer Rufer im Walde, trotz vielfältiger Unterstützung auch in der Bevölkerung.

Eine knappe Mehrheit im GR will den Risiko-Weg gehen, bei dem es einen Point of No Return gibt, ab dem die Folgen des Handelns langfristig zu tragen sind.

Oder so wie es einige sehen, die Früchte geerntet werden können.

Die Mehrheit der UBV wird dem Haushalt zustimmen, weil es einfach weiter gehen muss.

Teil 2

Ich persönlich könnte grundsätzlich dem Jahreshaushalt 2023 zustimmen.

Da dieser Plan aber auch die mittelfristige Planung enthält und dort für mich keinerlei Absichten und Aussichten im Haushalt erkennbar sind, wie die Stadt in absehbarer Zeit in ruhiges Fahrwasser und damit in einen aktiven Gestaltungsraum zurückkehren könnte, deshalb kann und werde ich nicht zustimmen.

Die Mehrheit des GR hat 2021 die Entscheidung für das Großprojekt beschlossen.

Zwischenzeitlich haben sich Rahmenbedingungen verändert.

Die im Haushalt für die nächsten Jahre aufgeführten Verlustzahlen für die Stadtwerke sind trotz Aufforderung zur Aktualisierung weiterhin extrem optimistisch.

So musste die geplante Verlust-Zahl für 2023 nach Vortrag des Jahresergebnisses Stadtwerke mal um knapp 130 000 Euro auf 1,178 Mio Euro erhöht werden.

Wortmeldungen aus dem Gremium : keine

Heute haben wir zum Kindergarten um 35.000 Euro diskutiert.als Anmerkung.

Der Anspruch als Gemeinderats auf Nachfragen und Einsicht Unterlagen zu dem rudimentär vorgestellten Projekt Therme in der letzten Sitzung

.... wurde abgeübelt.

Mit Ihnen.....Zahlen,

.....Verwendung jedes Backsteines

Auf eine schriftliche Anfrage von mir haben Sie, Herr Bürgermeister mir mitgeteilt, dass nach Vornahme der nächsten Planungen, ---hier sind vermutlich Leistungsstufe 3 und 4 gemeint---, diese Planungen dem GR vorgestellt werden.

Diesen Anspruch haben wir auch als 100% Anteilseigner Stadt deren Vertreter der Gemeinderat ist.

Für mich bleibt die bislang vorgestellte Vorentwurfs-planung zu wenig aussagekräftig.

Die an die Kostensteigerungen angepassten Einnahmezahlen weiterhin zu sportlich, für mich das Risiko zu hoch.

Darüber hinaus haben wir

durch Versäumnisse in der längeren Vergangenheit und aktuell durch ein Urteil des BVG eine aufkommende Deckungslücke im Bereich der Straßenerschließungsbeiträge / Altfälle zu erwarten, die wir nur sehr erschwert ausgleichen werden können.

Hier geht es um jährlich ca 500 000 Euro, welche wir vermutlich nur zu einem geringen Teil einnehmen werden. Diese Ursache hat die Verwaltung nicht zu verantworten, sie muss aber die Auswirkungen beachten und reagieren.

Solange wir uns erlauben, weiterhin für freiwillige Ausgaben mehr auszugeben als der Haushalt zulässt, werden wir Probleme haben.

Reflexartig wird hierauf geantwortet werden, dass der GR die Erhöhung der Gebühren für die Vereine nicht wie von der Verwaltung vorgeschlagen, hochgesetzt hat:

Hallo:

hier geht es um die Träger des kulturellen Lebens in Bad Herrenalb , der Kinder/Jugendbetreuung und Altersbetreuung, und es ging um 6000 Euro.

Wir reden aber hier von ganz anderen Beträgen, die es zu decken gilt.

Trotz alle auch positiven Entwicklungen werden wir nicht umhinkommen, weiter kräftig an der Gebühren- und Steuerschraube, in den nächsten Jahre zu drehen, auch eine Folge unserer Mehrheitspolitik.

- ((Haben wir heute ja schon erfahren dürfen)) -

Einige Bürger können sich dies erlauben, aber der große Teil der Bevölkerung, kann dies nunmal nur unter Einschränkungen.

Und die Gewerbetreibenden werden eine Steuererhöhung bei Standortentscheidungen sehr genau betrachten.

Und: die Lohnerhöhungen gleichen dies keinesfalls aus, wenn man die Kostensteigerungen bei den Grundnahrungsmitteln und Energie betrachtet.

Zum Schluss:

Demokratischen Mehrheitsentscheidungen dieses Gremiums habe und werde ich akzeptieren, dies bedeutet aber nicht, dass ich dies wortlos hinnehme, auch wenn mir gelegentlich das Wort entzogen wird, bzw. keine Rederecht eingeräumt wird;

...ich vom BM auf meine Aufgaben als Gemeinderat hingewiesen werde.

Meine Aufgaben als Gemeinderat kenne ich sehr wohl und werden diese weiterhin gewissenhaft ausführen.

Danke für die Aufmerksamkeit